

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Schortens sowie der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010 werden beschlossen.

Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Investitionsprogramm 2010-2013 wird beschlossen.

Das dem Originalprotokoll im Original beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2010 wird mit der Änderung beschlossen, dass auf der letzten Seite dritter Absatz das Wort EWE geändert wird in EWE-Verband.

Der Bürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Fachbereichsleitern eine Reduzierung der nicht auf Gesetz beruhenden Leistungen (Anlage 1 zum Haushaltssicherungskonzept) um mindestens durchschnittlich 5% zu vereinbaren und darüber hinaus Einsparung weiterer 120.000 € zu prüfen und bis 30.06.2010 vorzulegen. Ein gegenseitiger Ausgleich unter den Fachbereichen sollte möglich sein.

RV Ratzel weist darauf hin, dass zum Haushaltssicherungskonzept ein Antrag der BfB-Fraktion vorliegt, der drei Punkte beinhaltet.

RM Freygang spricht zunächst im Namen seiner Fraktion den Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung für die Umsetzung des doppelten Haushalts aus, bei dem sich zur Zeit noch alle in einem Lernprozess befinden. Die Haushaltsprobleme sind nicht hausgemacht. Wichtigstes Ziel für seine Fraktion war, sich nicht kaputt zu sparen, um den Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor ein liebenswertes Schortens zu bieten, und zwar ohne Steuererhöhungen. Auch drastische Sparmaßnahmen würden seiner Meinung nach die Stadt nicht weiterbringen. Die Verwaltung hat auf jeden Fall alle politischen Vorgaben der Einsparung und der Einnahmeverbesserung umgesetzt. Die Nettoneuverschuldung beträgt rd. 540.000 €. Augenmerk ist insbesondere auf die mittelfristige Finanzplanung zu richten, um den Schuldenstand von derzeit über 11 Mio. € nicht weiter anwachsen zu lassen, sondern ihn zu verringern. Die mögliche Reduzierung der freiwilligen Leistungen ist eine der nächsten Aufgaben auch im Rahmen des Controllings, die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit nachhaltig zu verbessern und das alles unter Einbeziehung der Thematik der von der EWE auszuschüttenden Beträge an den Landkreis und eine mögliche Verringerung der Kreisumlage. Er bittet um Zustimmung zum vorliegenden Haushalt.

RM Sutorius erklärt, dass der vorliegende Haushalt erstmals nach dem System der doppelten Buchführung ausgestellt wurde und für die meisten Ratsmitglieder gewöhnungsbedürftig ist. Auch sind die Zahlen mit denen vom Vorjahr schlecht vergleichbar. Auf die Einzelheiten möchte er nicht näher eingehen. Die Umstellung auf die Doppik ist durch die Verwaltung nun im Wesentlichen abgeschlossen, was sehr viel Zeit und Arbeit gekostet hat. Daher möchte er sich im Namen seiner Fraktion bei der Verwaltung, insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmererei recht herzlich bedanken. Das Haushaltsminus rührt seiner Meinung nach aus der Finanzklarheit bedingt durch den Systemwechsel her. Bei der Kameralistik wurde bisher vieles nicht dargestellt, was jetzt dargestellt werden muss. Dazu kommt der Verlust aus der Zuweisung bedingt durch den Finanzeinbruch, mit dem nicht gerechnet werden konnte. Dass der Einbruch der Steuereinnahmen so stark ausfallen würde, hätte er seinerzeit nicht vermutet. Auf Dauer wird es auch weniger Gewerbesteueraufkommen geben, weil die Gewinnrechnung aufgrund hoher Freibeträge stark eingeschränkt wurde. Auch wenn sich die Konjunktur wieder erholt, wirken sich die jetzigen Steuerausfälle in voller Höhe aus. Trotzdem dürfen die Konsolidierungsbemühungen nicht aufgegeben werden, auch wenn vieles, selbst im Tiefbaubereich, dringend sanierungsbedürftig ist. Sicher müssen auch freiwillige Leistungen auf den Prüfstand gestellt werden. Trotzdem werden die Steuersätze für 2010 nicht erhöht und er ist der Meinung, dass es für die Unternehmen schon eine Überlegung wert ist, ob sie einen Steuersatz der Gewerbesteuer von 350 % oder 410 % oder mehr bezahlen müssen. Auch die Höhe der Kreisumlage betrachtet er mit Sorge. Seines Erachtens müsste es möglich sein, dass der Landkreis sich hier zu Gunsten der Kommunen bewegt.

RM Eggerichs erklärt, wenn der Haushalt 2010 wie geplant verabschiedet wird, die Stadt mit ca. 12 Mio. € langfristigen Schulden einen Negativrekord aufgestellt. Auch die 2 Mio. € Unterdeckung im

Verwaltungshaushalt haben eine dramatische Höhe erreicht. Vor diesem Hintergrund nützt es wenig zu sagen, dass es anderen Kommunen noch schlechter geht und der Hinweis, dass diese Lage nicht hausgemacht ist, führt nicht zu der Verringerung der Schulden. Wenn man jedoch zurückdenkt, haben sicher in der Vergangenheit alle im Finanzbereich ihre Fehler gemacht. Es nützt auch im Moment kein Blick in die Zukunft in Richtung Jade-Weser-Port oder Jade-Weser-Park. Ebenso sind der Blick auf Kreisumlage und die EWE zur Zeit keine sicheren Hilfen. Bei der Kreisumlage ist zu bedenken, dass der Kreis auch Schulden hat und es auch für ihn eine Kommunalaufsicht gibt, die darauf hinweist, möglichst wenig an der Kreisumlage zu ändern, damit der Schuldenstand sich verringert. Für die Stadt Schortens gilt, sich selbst zu helfen. Der erste Schritt war die 5%ige Kürzung bei der Unterhaltung der Gebäude und Grundstücke, die fast einstimmig beschlossen wurde. Der zweite Schritt ist eine durchschnittliche Kürzung um 5 % bei den freiwilligen Leistungen zuzüglich eines Prüfauftrages um weitere 5 %. Seine Fraktion findet diese Lösung nicht ganz so glücklich, kann aber damit leben. Die Kürzungen der freiwilligen Leistungen und die Haushaltsehrlichkeit müssen seiner Meinung nach ausreichen, das strukturelle Fehl der Jahre 2011 bis 2013 in einer Höhe von insgesamt 700.000 € auszugleichen. In 2011 wird dieser Ausgleich noch nicht stattfinden, der in Zukunft Voraussetzung ist für einen genehmigungsfähigen Haushalt ist. Dieses Ziel sollte aber ab 2012 gelingen. Gefährdet ist dieses ehrgeizige Ziel allerdings durch die Steuerschätzung und außerdem durch die Steuersenkung des Bundes. Langfristige Schulden werden Ende des Jahres in Höhe von 12 Mio. € erwartet. Für die nächsten 3 Jahre ist laut Investitionsprogramm eine Neuverschuldung von 4,7 Mio. € vorgesehen. Das kann die Stadt sich wegen ihrer Steuerschwäche nicht leisten, so wird also gestrichen und verschoben werden müssen. Wenn es tatsächlich in 5 oder 6 Jahren gelingen sollte, die aufgelaufenen Unterdeckungen auszugleichen und eine Neuverschuldung zu vermeiden, sollte man aus der jetzigen Krise die Lehre ziehen, dass ein Polster für eine nächste Krise unumgänglich ist. Als nächstes müssen die langfristigen Schulden abgebaut werden, da in Zukunft wieder mit steigenden Zinsen zu rechnen ist, d. h. der Ergebnishaushalt wird wieder stärker belastet werden und das ist natürlich nachteilig. Im Ergebnishaushalt müssen Überschüsse erwirtschaftet werden, damit dem Finanzhaushalt etwas zugewiesen werden kann. Spielräume müssen für nachhaltige Investitionen geschaffen werden, wobei energetische Sanierungen nach Meinung seiner Fraktion Vorrang haben vor Sportplatzweiterungen. Über die Durchführung der energetischen Sanierung wird noch zu diskutieren sein. Es ist zu befürchten, dass die Folgen der Finanzkrise den Rat noch in den nächsten beiden Wahlperioden beschäftigen wird. Ob in dieser Phase ein Wegfall der Gewerbesteuer sinnvoll ist, wagt er zu bezweifeln. Zumindest entspricht dieses nicht der seit langem geforderten Gemeindefinanzreform, welche die kommunale Selbstverwaltung fordern sollte. Zusammenfassend kann er sagen, wichtige Ziele sind 1. Erreichen eines strukturell ausgeglichenen Verwaltungshaushalts und somit Vorlage eines genehmigungsfähigen Haushalts, 2. Abbau der auflaufenden Unterdeckung, 3. Verminderung von Neuverschuldung, 4. Abbau langfristiger Schulden, 5. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und 6. Augenmaß bei Visionen. Seine Fraktion stimmt dem Haushalt zu, was aber nicht bedeutet, dass bezüglich der Hundekontrolle ein Sinneswandel stattgefunden hat. Die Einführung der Doppik war für die Finanzverwaltung ein hartes Stück Arbeit, deshalb spricht er im Namen seiner Fraktion Herrn Schulte, Frau Idel und der dazugehörigen Mannschaft den Dank aus.

RM Just erklärt, dass seine Fraktion den Haushalt nicht ablehnen, sich aber der Stimme enthalten wird. Er weist auf aus seiner Sicht Positives hin, was z. B. die Einnahmeseite betrifft. Seiner Meinung nach sucht der Rat an den richtigen Stellen und hebt sich gegenüber anderen Kommunen positiv ab, da eine große Einigkeit darüber besteht, dem Bürger trotz der Finanzkrise nicht in die Tasche zu greifen. Es ist richtig, den Landkreis darauf hinzuweisen, dass die Kreisumlage für die Kommunen zu hoch ist und ihn auch auf eine Beteiligung an der EWE-Ausschüttung anzusprechen. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Formulierung im Haushaltssicherungskonzept fehlerhaft ist, da es sich nicht um eine Sonderausschüttung der EWE handelt, sondern um eine Sonderausschüttung der EWE-Kommunen an sich selbst. Diese Ausschüttung erfolgt aus dem Anteil des Verkaufserlöses, den die Kommunen erhalten haben. Daher sollte die Formulierung geändert werden von EWE auf EWE-Verband. Die Forderung nach einer Ausschüttung durch die EWE ist eine andere Sache. Seine Fraktion ist unbedingt der Meinung, dass die EWE aufgefordert werden sollte, eine höhere Dividende zu zahlen, da sie 1,35 Milliarden € durch die Kommunen bekommen hat, die sie angemessen verzinsen sollte. Daher sollte man sich beim Landkreis um eine angemessene Beteiligung bemühen. Kritisch sieht seine Fraktion die Ausgabenseite. Hier sind weitere Anstrengungen nötig und möglich. Dass die Probleme nicht hausgemacht sind, stimmt nur zum Teil. Die Finanzkrise hat die Stadt zwar ereilt, aber dass die mittelfristige Verschuldung von 10 Mio. € auf 15 Mio. € steigen wird, war im Haushalt schon, bevor die Finanzkrise überhaupt gekannt war. Auf diese

mittelfristige Verschuldung ist die Stadt auch ohne Finanzkrise schon zugeschliddert. Er ist der Meinung, dass da noch etwas zu machen ist und daher hat seine Fraktion auch entsprechende Anträge gestellt, und zwar:

1. Verkleinerung des Rates um 6 Sitze

Er erklärt dass die Politiker auf nicht notwendige Sitze verzichten und so ihre Bereitschaft zeigen sollten, einen Beitrag zur Haushaltsverbesserung zu leisten

2. Reduzierung des Aufwandes für das Stadtmarketing bis 2013 um 50 %.

Er erklärt, dass der Zuschussbedarf für das Stadtmarketing mit 235.000 € inzwischen den Zuschussbedarf des Bürgerhauses übersteigt. Dies steht nach Ansicht seiner Fraktion in keinem Verhältnis zu Nutzen und Wahrnehmbarkeit. Während das Bürgerhaus zweckmäßig und wirtschaftlich betrieben wird, erscheint das Stadtmarketing aufgebläht und unangebracht auf Tourismus statt auf Gewerbeansiedlung und Grundstücksvermarktung ausgerichtet.

3. Deckelung des Zuschusses zu einer möglichen Verlagerung der HFC-Sportanlage an die Schooster Straße auf die gutachterlich ermittelten Kosten für eine Sanierung und Erweiterung der Sportanlage am Klosterpark selbst.

Er erklärt, dass ein Umzug an die Schooster Straße lt. Planungsbüro etwa 2 Mio. € teurer als eine Sanierung und Erweiterung der Anlage am Klosterpark selbst ist. Dem HFC sollte frühzeitig signalisiert werden, dass die Allgemeinheit für diese Mehrkosten nicht aufkommen kann.

RM Riemer erklärt, wenn auch ihre Fraktion dem Haushalt zustimmt, dürfen doch die Diskrepanzen nicht unerwähnt bleiben. Für Ihre Fraktion sind die Kürzungen beim Etat der vier neu entstehenden Ganztagschulen nicht hinnehmbar. Die Stadt hat die Schulen dazu gedrängt, in den Ganztagsbetrieb zu gehen und das vorbildliche Kinderbetreuungskonzept zu ergänzen. Sie ist der Meinung, dass man die Schulen jetzt nicht im Regen stehen lassen kann. Ganztagschule werden bedeutet auch immer einen erhöhten Verwaltungsaufwand. Hier statt besserer Ausstattung auch noch Kürzungen vorzunehmen ist kontraproduktiv und bietet den Schulen keine guten Voraussetzungen beim Start. Kürzungen im Bereich der Ganztagschulen hält Ihre Fraktion für das falsche Signal.

RM Schauderna erklärt, dass seine Gruppe Bündnis90/Die Grünen-DieLinke dem Haushalt nicht zustimmen wird. Schuld an der Haushaltssituation ist seiner Meinung nach nicht nur die Finanzkrise, sondern sind auch die Schlüsselzuweisungen, die seit Jahren von den jeweiligen Landesregierungen zurückgefahren werden. Viele Gesetze der Bundesregierung gehen auch zu Lasten der Kommunen. Wenn die Kommunen unzureichend von Bund und Land mit finanziellen Mitteln ausgestattet werden, wird die kommunale Selbstverwaltung gezielt untergraben. Es liegt auch in der Hand der zahlreichen kommunalen Politiker der CDU und FDP auf Landes- und Bundesebene, innerparteilich Druck auszuüben für eine Kurskorrektur. In den letzten Monaten wurden in den Fachausschüssen mit Blick auf die angespannte Haushaltslage immer wieder Anträge abgelehnt, die mit Beträgen von 500 bis 1.500 € von geringer finanzieller Bedeutung waren, aber von großem Nutzen gewesen wären. Gleichzeitig gab es aber nichts Wichtigeres, als in dieser angespannten Haushaltslage zwei Ordnungskräfte für die Überwachung der Anleinplicht einzustellen, den Prozess zum staatlich anerkannten Erholungsort einzuleiten oder den Umfang des Stadtmarketings, das von Anfang an von seiner Gruppe in Frage gestellt wurde. Stattdessen werden pauschale Kürzungen teilweise auch in umstrittenen Bereichen vorgenommen. Das kann seine Gruppe nicht mittragen und lehnt daher den Haushalt ab.

RM Homfeldt ist erfreut, dass bisher eine sachliche und harmonische Diskussion zum Haushalt geführt wird. Das zeigt ihm, dass man gemeinsam als Stadtrat, trotz aller unterschiedlichen Vorstellungen, die bestehen, in die richtige Richtung arbeitet, auch wenn Detailfragen strittig sind. Dem von RM Schauderna angesprochene Problem auf Landes- und Bundesebene stimmt er zu. Auch er ist der Meinung, dass das aus den Kommunen nochmals deutlich gemacht werden muss, denn die Kommunen sollten keine Lasten tragen, die sie nicht zu verantworten haben. Die Ordnungskräfte, die eingestellt wurden, haben schon umfangreiche Arbeit geleistet. So konnte man im Ort feststellen, dass es trotz des langen Winters eine

deutlich bessere Situation auf den Gehwegen und somit eine bessere Sicherheitssituation für die Bürger gab. Es wurde das Gespräch mit den Bürgern gesucht um Einsicht zu erzeugen, denn grundsätzlich geht es nicht darum, Strafzettel zu verteilen, sondern die Situation in unserer Stadt für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Zu den Haushaltskürzungen und zur Ablehnung der kleineren Förderbeiträge weist er darauf hin, dass z. B. seine Fraktion gemeinsam mit der bürgerlichen Mehrheit zugestimmt hat, dass der Förderverein Familienzentrum einen Zuschuss in Höhe von 3.000 €/jährlich für die kommenden Jahre erhält, weil dieses Projekt für wichtig gehalten wird und hierdurch auch die Eltern erreicht werden. Hinsichtlich der Budgetkürzungen für die Ganztagschulen weist er darauf hin, dass ein Beschluss gefasst wurde, in diesem Jahr für die Einrichtung der Ganztagschulen 100.00 € zur Verfügung zu stellen. Bei der angesprochenen Kürzung handelt es sich um einen Betrag von 7.400 € für die Verfügungsmittel. Von den Schulen wurde bereits signalisiert, dass diese Kürzung für sie kein Problem darstellt. Was die Marketingabteilung anbelangt, so ist er der Meinung, dass hier keine Kürzung vorgenommen werden sollte. Allerdings sollten die Aktivitäten des Stadtmarketings noch deutlicher öffentlich gemacht werden, damit nachvollziehbar wird, welche Arbeit dort geleistet werden muss. Die Stadt hat nur die Chance, von der positiven Entwicklung dieser Region zu profitieren, wenn sie aktiv bleibt und touristische Produkte schafft. Zum Haushalt merkt er an, dass er guten Mutes ist, dass man sich gemeinsam an die Verbesserung heranmachen wird und er wünscht sich, dass diese gute Arbeitsklima auch bei allen Unterschieden und Differenzen, die bestehen, erhalten bleibt, damit es in diesem wichtigen Haushaltsjahr zu einem Wettstreit der Ideen kommt, wie der Haushalt zu verbessern ist. Klar ist aber auch, dass dies nicht von heute auf morgen geschehen kann. Aufgrund der eingeführten Doppik betrachtet er den Haushalt 2010 als Übergangshaushalt und ist sicher, dass alle gemeinsam die Kraft haben, dieses Ziel, nicht nur keine Neuverschuldung, sondern mittelfristig auch ein Schuldenabbau vornehmen zu können und notfalls unpopuläre oder harte Entscheidungen auch einmütig zu treffen. Wenn das klappt, wird die Stadt gut dastehen.

RM Torkler weist darauf hin, dass der Rat in seiner Gesamtheit der Gewährung des Zuschusses an das Familienzentrum zugestimmt hat. Er geht nochmals auf das Budget der Ganztagschulen ein und bemängelt die Kürzungen. Zu den bereits genannten Kritikpunkten weist er noch auf einen weiteren Punkt hin, und zwar die Erhöhung der Unterhaltungskostenpauschale für Sportvereine. Hier sieht seine Fraktion eine Ungleichbehandlung der Vereine in Schortens. Die Angelegenheit wird zwar aufgrund einer Nachfrage seiner Fraktion noch einmal geprüft, doch die Argumentation, dass jetzt keine Änderung mehr vorgenommen werden kann, weil der Haushaltsplan schon gedruckt ist, kann er nicht nachvollziehen. Sodann geht er auf die Einrichtung des Marketingbüros ein und erklärt, dass seine Fraktion dies seinerzeit unterstützt und auch mit beschlossen hat. Der Zuschussbedarf der Marketingabteilung übersteigt jedoch den des Bürgerhauses, wo kreative und vorbildliche Arbeit geleistet wird und das muss man hinterfragen. Seine Fraktion wird dies sehr kritisch und aufmerksam begleiten.

BM Böhling geht kurz auf die unzureichende Mittelausstattung im Rahmen des Finanzausgleichs durch das Land und die Folgewirkungen des aktuellen Wachstumsbeschleunigungsgesetzes ein. Außerdem hätte er persönlich gerne die Mittel für die Ganztagschulen erhalten gewusst. Weiterhin weist er auf wesentliche Investitionen für das Haushaltsjahr 2010 hin.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen der RM Borkenstein, Knefelkamp und Homfeldt wird wie folgt beschlossen:

1. Vorschlag von RM Just, im Haushaltssicherungskonzept das Wort EWE durch EWE-Verband auszutauschen.

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

2. Anträge der BfB-Fraktion

a) Verkleinerung des Rates um 6 Sitze

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

b) Reduzierung des Aufwandes für das Stadtmarketing bis 2013 um 50 %

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

c) Deckelung des Zuschusses zu einer möglichen Verlagerung der HFC-Sportanlage an die Schooster Straße auf die gutachterlich ermittelten Kosten für eine Sanierung und Erweiterung der Sportanlage am Klosterpark selbst.

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

3. Beschlussvorschlag des Fachausschusses

Der vorstehende Vorschlag wird mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen, beschlossen.